



## **Kulturstaatsministerin Grütters zur Eröffnung des NS-Dokumentationszentrum München - Aufarbeitung unserer Geschichte bleibt moralische Verpflichtung..**

Kulturstaatsministerin Grütters zur Eröffnung des NS-Dokumentationszentrum München - Aufarbeitung unserer Geschichte bleibt moralische Verpflichtung - gerade auch am früheren Ort der Täter<br /><br />Kulturstaatsministerin Monika Grütters wird am morgigen Donnerstag zusammen mit Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter den Lern- und Erinnerungsort NS-Dokumentationszentrum München auf dem Gelände der ehemaligen Parteizentrale der NSDAP - dem sogenannten "Braunen Haus" - eröffnen.<br />Anlässlich der Eröffnung betonte Monika Grütters vorab:<br />"Die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzuarbeiten, ihrer Opfer zu gedenken und die Erinnerung auch in nachfolgenden Generationen wach zu halten, ist und bleibt für Deutschland eine immerwährende moralische Verpflichtung. Der Anspruch an uns selbst, moralisch angemessen mit den Abgründen der eigenen Geschichte umzugehen und nicht zuletzt dadurch ein identitätsstiftendes Fundament für die Gegenwart und Zukunft zu legen, gehört zum Selbstverständnis unserer Nation. Deshalb bin ich dankbar, dass der Freistaat Bayern und seine Landeshauptstadt München sich der lange verdrängten Auseinandersetzung mit der besonderen Rolle Münchens als der von den Nationalsozialisten proklamierten "Hauptstadt der Bewegung" auf vorbildliche Weise stellen. Das NS-Dokumentationszentrum, an dessen Baukosten sich der Bund mit einem Drittel beteiligt hat, lässt uns nachvollziehen, wie eine weltoffene Kulturmetropole sich zu einem Sammelbecken antisemitischer und nationalistischer Kräfte entwickeln konnte, wie aus gewöhnlichen Menschen Vollstrecker einer menschenverachtenden Ideologie werden konnten."<br />Monika Grütters weiter: "Was geht mich das heute an?", lautet die Frage, die sich leitmotivisch durch die Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums zieht und die uns heute, im freien und friedlichen Deutschland, als persönliche Haltung und gesellschaftliche Stimmung leider immer wieder begegnet: bei Diskussionen, in Umfragen oder auch auf Demonstrationen. Wir wollen an diesem Zentrum am Ort der Täter zu einer lebendigen und fortdauernden Auseinandersetzung mit der Nazi-Diktatur beitragen. Diesem Anspruch zu genügen, wird mit jedem Jahr schwieriger, weil es immer weniger Zeitzeugen gibt und immer mehr Menschen, die - weil jung oder nach Deutschland eingewandert - die Verstrickung in den Nationalsozialismus nie als Teil ihrer Familiengeschichte erlebt haben."<br />Der neue Lern- und Erinnerungsort wurde an der Briener Straße in München auf dem Grundstück der ehemaligen Parteizentrale der NSDAP errichtet. Die Baukosten in Höhe von 28,2 Millionen Euro haben der Bund, der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München zu je einem Drittel getragen. Entworfen haben den Neubau die Berliner Architekten Bettina Georg, Tobias Scheel und Simon Wetzel.<br />Weitere Informationen:<br /> [www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de](http://www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de) <br /><br />Presse- und Informationsamt der Bundesregierung<br />Dorotheenstr. 84<br />10117 Berlin<br />Deutschland<br />Telefon: 030 18 272-0<br />Telefax: 030 18 10 272-0<br />Mail: [internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)<br />URL: <http://www.bundesregierung.de/> <br />

### **Pressekontakt**

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

### **Firmenkontakt**

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".